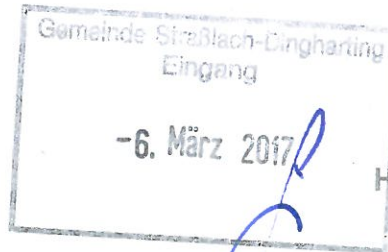




Staatliches Bauamt Freising
Postfach 1942 • 85319 Freising



Hochbau
Straßenbau
Hochschulbau

Gemeinde Straßlach-Dingharting
Schulstraße 21

82064 Straßlach

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom Unser Zeichen
610-7. Änderung Oberfeld-West S2300-4622.0
15.02.2017

Bearbeiter, Zimmer – Nr.
Herr Gruber, G112
stephan.gruber@stbafs.bayern.de

München, 02.03.2017
☎ 089 30 797 - 123
☎ 089 30 797 - 426

**7. Änderung des Bebauungsplanes „Oberfeld-West“ (Gewerbegebiet Oberfeld West, südlich der Gewerbestraße),
Verfahren nach § 3 Abs. 1 BauGB, § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit oben genanntem Schreiben haben Sie uns die 7. Änderung des Bebauungsplanes „Oberfeld-West“ vorgelegt und um Stellungnahme gebeten. Aus Sicht des Staatlichen Bauamtes Freising kann der geplanten Änderung des Bebauungsplanes nur unter folgenden Maßgaben zugestimmt werden:

Entlang der freien Strecke von Staatsstraßen gilt gemäß Art. 23 Abs. 1 BayStrWG für bauliche Anlagen bis 20 m Abstand – gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahndecke – Bauverbot. Die entsprechende Anbauverbotszone ist im Bauleitplan darzustellen.

Die Erschließung des Plangebietes muss über die bereits bestehende Erschließungsstraße von der Staatsstraße 2072 erfolgen. Weitere unmittelbare Zugänge

...

Amtssitz
Staatliches Bauamt Freising
Am Staudengarten 2a
85354 Freising
☎ 08161-932-0
☎ 08161-932-220

Servicestelle
München
Winzererstraße 43
80797 München
☎ 089-30797-0
☎ 089-30797-216

E-Mail und Internet

poststelle@stbafs.bayern.de
www.stbafs.bayern.de

oder Zufahrten zur Staatsstraße von den Grundstücken des Plangebietes sind nicht zulässig.

Baumpflanzungen entlang der Staatsstraße 2072 sind mindestens 4,50 m vom Fahrbahnrand abzurücken. Wir weisen außerdem darauf hin, dass Baumpflanzungen entlang dieser Straßenzüge grundsätzlich die Aufgabe des jeweiligen Straßenbaulastträgers sind und in jedem Fall die Zustimmung der Straßenbauverwaltung einzuholen ist.

Auf die von der Staatsstraße 2072 ausgehenden Emissionen wird hingewiesen. Eventuelle erforderliche Lärmschutzmaßnahmen werden nicht vom Baulastträger der Staatsstraße übernommen (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV) Die

Mit freundlichen Grüßen

Gruber
Techn. Amtsrat

